

Der niedrige Leitzins ist eine Chance in der Euro-Schuldenkrise

Der niedrige Leitzins ist eine Chance in der Euro-Schuldenkrise
br /> Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ist in der derzeitigen Lage unverzichtbar, um die Schuldenkrise zu bewältigen. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in einer aktuellen Studie. Solange die Primärsalden - also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben vor Zinsen - negativ sind und Wachstumsraten sowie Inflation gering, sind Niedrigzinsen der einzige Weg aus der Schuldenfalle. Niedrige Zinsen dämpfen die Zinslasten sowie den weiteren Anstieg der Schuldenquoten und ermöglichen den Staaten das Tragen der Zinslasten. Zudem stärken niedrige Zinsen die Wirtschaft, was die Steuereinnahmen und damit die Primärsalden der öffentlichen Haushalte erhöht. "Die Niedrigzinspolitik der EZB ist eine Chance für die verschuldeten Euro-Staaten", sagt DIW-Finanzmarktexpertin Dorothea Schäfer. "Jetzt kommt es darauf an, diese Chance zu ergreifen."
 Seit nunmehr vier Jahren kämpfen die Staaten des Euroraums gegen die Folgen der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise. Aber noch immer steigen die Schuldenquoten. Mit Rettungspaketen und Schuldenschnitten konnte lediglich Zeit gekauft werden. Ob die momentane Beruhigung der Schuldenkrise nachhaltig ist, bleibt ungewiss und hängt davon ab, ob die Schuldenquoten in absehbarer Zeit sinken. Grundsätzlich können Staatsschuldenquoten nur dann sinken, wenn eine oder mehrere der folgenden Voraussetzungen vorliegen: ein positiver Primärsaldo, eine wachsende Wirtschaft, eine nennenswert positive Inflationsrate oder eine niedrige Verzinsung der Schulden.

- Historische Beispiele zeigen die Wege aus der Schuldenfalle

- Die Ökonomen Dorothea Schäfer, Marius Kokert und Andreas Stephan vom DIW Berlin haben die aktuelle Situation in Europa mit historischen Beispielen verglichen. Wie kamen andere Länder aus der Schuldenfalle, und was kann Europa heute daraus lernen? Insbesondere die USA konnten nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb von nur sieben Jahren ihre Schuldenquote von 120 Prozent auf 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nahezu halbieren. Entscheidende Faktoren dafür waren unter anderem niedrige Zinsen und eine hohe Inflationsrate, während das Wirtschaftswachstum nur moderat anzog. Ein Beispiel für eine gelungene Senkung der Schuldenquote aus jüngerer Zeit ist Schweden. Nach der skandinavischen Finanzkrise konnte Schweden seine Schuldenquote durch eine starke Kürzung der öffentlichen Ausgaben im Wirtschaftsaufschwung der 90er Jahre von etwa 80 auf rund 40 Prozent des BIP zurückführen.

- kr /> Niedrige Zinsen sind momentan der einzige Hebel
Leider ist derzeit das Wirtschaftswachstum in Europa zu schwach und die Inflationsrate zu niedrig für ein automatisches Herauswachsen aus den hohen Schuldenständen. Lediglich der Blick auf die langfristige Entwicklung der Zinsbelastung zeigt ein günstiges Bild: Die durchschnittliche Verzinsung der Schulden ist für die Länder der Eurozone seit 1998 deutlich von etwa 6,5 Prozent auf etwa 3,3 Prozent gesunken, wenn auch die Zinslast in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich ist. Für eine weiterhin sinkende durchschnittliche Verzinsung ist ein niedriger Leitzins eine entscheidende Voraussetzung. Die Europäische Zentralbank kann folglich mit ihrer Zinspolitik - in Kombination mit den Rettungspaketen - aktiv zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit beitragen. Unbedingte Voraussetzung dafür ist allerdings - auch bei sehr niedrigen Zinssätzen - ein positiver Primärsaldo. "Wir sehen eine starke Aufwärtsbewegung der Primärsalden nach Durchschreiten eines tiefen Tales", sagt Dorothea Schäfer. "Die Einnahmen- und Ausgabendisziplin der Schuldenstaaten hat sich innerhalb der Rettungsprogramme verbessert. Diese positive Entwicklung in Verbindung mit der sinkenden Verzinsung der Altschulden hilft den Staaten, mit ihren Schulden zurechtzukommen. Sie dürfen sich nur nicht durch die niedrigen Zinsen zu mehr Ausgaben verführen lassen."

- Ver /> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Die vertreicht durch die niedrigen Zinsen zu mehr Ausgaben verführen lassen."

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

- Ver / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin für Wirtschung DIW Berlin für Wirtsch />Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 030/897 89 0
Telefax: +49 (030) 897 89-200
Mail: postmaster@diw.de
URL: http://www.diw.de
-ximg src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=556916" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de postmaster@diw.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de postmaster@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.